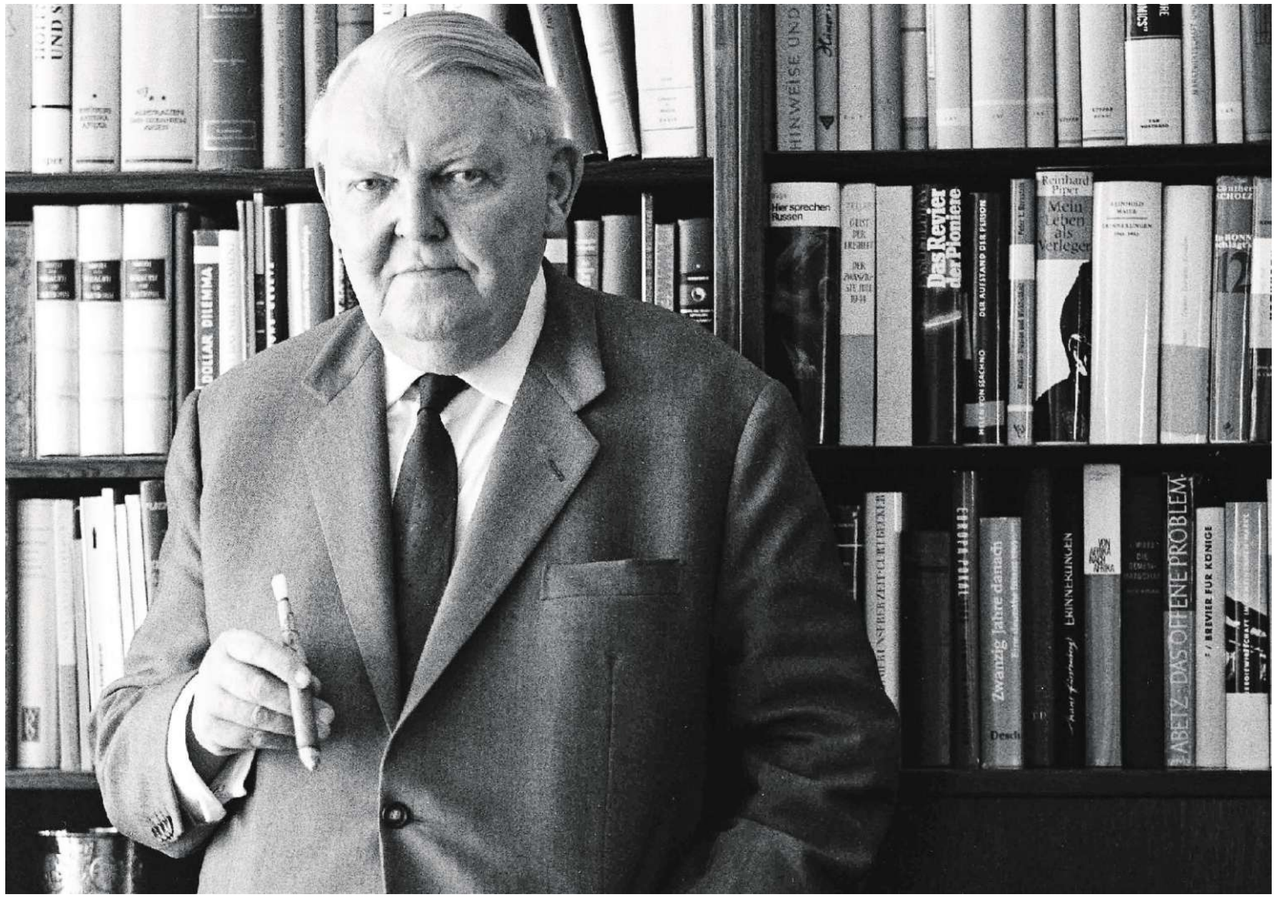
Handelsblatt
FREITAG/SAMSTAG, 30.09./01.10.2011, Nr. 190

„Frechheit und Dummheit sind immer gepaart“

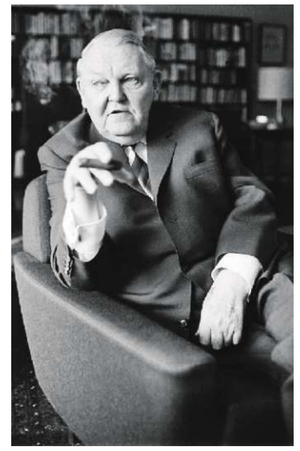
Interview mit Prof. Ludwig Erhard über die Euro-Krise, Inflationsgefahren und die Verantwortung der Unternehmer.

Die Fragen stellte Gabor Steingart. *



AdsD der FES; dpk/Hans Hubmann (2)

Ludwig Erhard in seiner Privatwohnung im Jahr 1967



Handelsblatt: Herr Professor Erhard, was fehlt dem heutigen Europa, damit aus dieser Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft endlich ein Erfolg wird?

Ludwig Erhard: Im Englischen gibt es eine Sentenz, die da lautet: Stability begins at home. Das ist genau das, was uns in Europa fehlt.

Handelsblatt: Sie meinen deutsche Stabilitätskultur und südeuropäischer Schlendrian passen nicht zusammen?

Erhard: Die Beteiligung eines Landes an derartigen Gemeinschaften wie der Gemeinschaft aller Europäer macht auf dem Felde der Finanz- und Wirtschaftspolitik ein ganz bestimmtes Verhalten dieses Staates erforderlich. Ein Mitgliedsland kann nur dann zur Integrationsreife gelangen, wenn es gewillt ist, seine innere Ordnung nicht nur herzustellen, sondern diese auch unverrückbar zu bewahren.

Handelsblatt: Als Bundeskanzler hatten Sie es in der Hand, die Südstaaten Europas zu domestizieren. Erinnern Sie sich noch?

Erhard: Ich weiß, worauf Sie anspielen. Bei seinem Bonner Besuch im Jahre 1964 schlug mir Frankreichs Staatspräsident de Gaulle vor, unsere beiden Länder so eng zu vereinen, dass sie Europa beherrschen könnten und sich nicht mehr um die kleinen Staaten kümmern müssten. Ich habe das abgelehnt, ich fand das unzumutbar.

Handelsblatt: Und Sie würden nach wie vor sagen, Europa ist eine gute Idee, trotz der aktuellen Schwierigkeiten?

Erhard: Ich glaube, wir alle können nur gewinnen, wenn die Grenzen zwischen den Staaten allmählich, aber sicher niedersinken. Man macht es sich allerdings zu leicht, wenn man glaubt, zur Europapolitik gehöre lediglich der gute Wille.

Handelsblatt: Nun versucht die internationale Staatengemeinschaft, die Griechen, unser europäisches Sorgenkind, zu einer Politik des Sparens und Verzichtens zu zwingen. Ist das in Ihrem Sinne?

Erhard: Niemand kann mir nachsagen, dass ich je Vokabeln verwandt habe wie „den Leibriemen enger schnallen“, „entsagen und entbehren müssen“. Solche Heilmittel sind mit meiner wirtschaftspolitischen Grundauffassung nicht in Einklang zu bringen. Der Erfolg unserer Wirtschaftspolitik bestand immer darin, dass wir den Durchbruch nach vorne, das heißt also in der Expansion, gesucht und gefunden haben.

Handelsblatt: Aber in Griechenland entwickelt sich derzeit nichts nach vorn: Die Kaufkraft geht zurück, die Wirtschaftsleistung schrumpft, die Gewinne brechen ein, wie auch im übrigen Südeuropa. Ist das im deutschen Interesse?

Erhard: Es ist eine ökonomische Binsenweisheit, dass es dem einen Partner nur gutgehen kann, wenn auch seine Mitspieler gedeihen. Mit Bettlern kann man keine Geschäfte machen.

Handelsblatt: Auch Deutschland wird von Staatsschulden geplagt. Aus der schuldenfreien Bundesrepublik Ihrer Amtszeit ist ein Staatswesen geworden, das heute bei privaten Investoren mit rund zwei Billionen Euro in der Kreide steht.

Erhard: Die Politik der bewussten Überschuldung ist eine hochexplosive Politik. Und einmal wird der Tag kommen, da der deutsche Bürger wird erfahren müssen, dass die Schulden, die der Staat macht und die er nach außen als zum „Wohle des deutschen Volkes“ deklariert, dass er diese Schulden zu bezahlen habe.

Ludwig Erhard: Die Politik der bewussten Überschuldung ist eine hochexplosive Politik. Und einmal wird der Tag kommen, da der deutsche Bürger wird erfahren müssen, dass er diese Schulden zu bezahlen habe.

Handelsblatt: Den Bürgern schwindelt schon vor diesem Tag. Die herrschende Lehre der Ökonomen aber besagt, der Staat müsse jetzt erst recht neues Leihgeld in den erschlafften Körper der Volkswirtschaft injizieren, um Schlimmstes zu verhindern.

Erhard: Man hat offenkundig das Gefühl für das Mögliche verloren und schickt sich an, eine Politik zu betreiben, die vielleicht das Gute will, aber mit Gewissheit das Böse – nämlich die Zerstörung der guten Ordnung – schafft. Der Mann auf der Straße sieht die Dinge manchmal klarer als manche klugen Leute.

Handelsblatt: Die Politik ist kein volkswirtschaftliches Seminar, würden Ihnen die derzeitigen Akteure in Washington, Paris und Berlin erwidern. Würden Sie so weit gehen, dass der Staat auch dann auf Kreditprogramme verzichten soll, wenn große und bedeutende Firmen schwere Verluste erleiden oder gar insolvent werden?

Erhard: Der Unternehmer, der bereit ist, Gewinne zu machen, muss selbstverständlich auch den Mut haben, Verluste hinzunehmen – dafür ist er Unternehmer.

Handelsblatt: Viele Bankenchefs sagen, dass von ihrem Scheitern ein „systemisches Risiko“ ausgehe, ihre Existenz also für das Gemeinwohl von so überragender Bedeutung sei, dass sie mit Steuergeld gerettet werden müssen. Bittere Wahrheit oder Bluff?

Erhard: Der Unternehmer, der nicht mehr an die Funktionsfähigkeit einer freien Marktwirtschaft glaubt, gibt sich in meinen Augen selbst auf.

Handelsblatt: Zugespitzt gefragt: Auch eine Bank oder – um ein anderes prominentes Beispiel zu nennen – ein Autobauer wie Opel soll pleitegehen dürfen?

Erhard: Das ist Schicksal des Unternehmers, denn er ist nur so lange freier Unternehmer, wie er Risiken und Chancen gleichermaßen tragen will. Es geht nicht an, dass er nur die Chancen wahrnehmen und die Risiken durch die Anrufung des Staates abwenden will. Es ist ein mehr als gefährlicher Weg, wenn der Unternehmer aus der persönlichen in die kollektive Verantwortung strebt.

Handelsblatt: Wobei „kollektive Verantwortung“ bedeutet, dass die Verluste sozialisiert, also vom Steuerzahler getragen werden. Richtig?

Erhard: Der Staat kann nichts leisten, was nicht aus der Kraft seiner Bürger fließt. Entweder der Staat vergrößert seine Schulden, und das bedeutet in letzter Konsequenz Inflation, oder aber wenn ihm dieser Weg verbaut zu sein scheint, dann werden die Steuern noch einmal erhöht.

Handelsblatt: Ihr Lösungsvorschlag?

Erhard: Wir müssen uns entweder bescheiden oder mehr arbeiten. Im bürgerlichen Leben gilt der Satz: Ein Lump gibt mehr, als er hat! Aber eine Volkswirtschaft kann nicht mehr gewähren, als sie nach der Anstrengung der Menschen besitzt. Kapital fällt nicht vom Himmel.

Handelsblatt: Die westlichen Staaten sehen heute noch einen dritten Weg: Sie haben die Notenpressen angeschmissen oder technisch ausgedrückt: Sie kaufen die Staatsanleihen ihres Staates oder befreundeter Staaten auf. Wenn am Ende dadurch die Inflation steigt, so sagen die Notenbanker und Finanzminister hinter vorgehaltener Hand, sei das die sanfteste Form der Krisenbewältigung.

Erhard: Die Inflation muss als das hingestellt werden, was sie wirklich ist, nämlich als Betrug am Staatsbürger, der um einen Teil seines Einkommens, aber noch mehr um seine Ersparnisse gebracht wird. Inflation verdünnt die Kaufkraft. Wer dem Volk einzureden versucht, dass die Inflation heute das Schicksal der Welt sei und um der Vollbeschäftigung willen womöglich auch noch „wohltätig“ sei, handelt unverantwortlich.

Handelsblatt: Also, was erwarten Sie von der amtierenden Bundesregierung?

Erhard: Die Bundesregierung muss der immer mehr um sich greifenden Inflationsmentalität energisch entgegentreten. Wenn erst einmal eine zu leicht inflationären Tendenzen hinführende Politik akzeptiert ist oder auch nur keinen Widerstand findet, dann gibt es kein Halten mehr. Soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Währungsstabilität nicht denkbar. Ich plädiere daher dafür, die Währungsstabilität in die Reihe der menschlichen Grundrechte aufzunehmen.

Handelsblatt: Unsere heutigen Notenbankgouverneure behaupten, diese überschüssige Geldmenge, der unbestritten kein realer Wert gegenübersteht, lasse sich später mit den Mitteln der Geldpolitik auch wieder „sterilisieren“. Halten Sie das für denkbar?

Erhard: Frechheit und Dummheit sind immer gepaart. Es ist ein grandioser Irrtum, wenn ein Volk oder ein Staat glaubt, eine inflationistische Politik einleiten und betreiben, sich aber gleichzeitig gegen deren Folgen absichern zu können. Dies kommt dem Versuch gleich, sich an den eigenen Haaren hochheben zu wollen.

Handelsblatt: Hat nicht der Staat auch in Ihrem Leitbild von der Sozialen Marktwirtschaft eine Rolle, die über den Nachtwächterstaat altliberaler Vorstellung hinausgeht?

Erhard: Ich vertrete in der Tat nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das „freie Spiel der Kräfte“ und dergleichen Phrasen, mit denen man hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft. Aber ich möchte hier das vielleicht etwas banal erscheinende Bild eines Fußballspiels gebrauchen dürfen. Ich bin der Meinung, dass, ebenso wie der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, auch der Staat in der Wirtschaft nicht mitzuspielen hat.

Handelsblatt: Unsere heutige Bundeskanzlerin ist im Prinzip auch dieser Meinung. Aber in der komplexen Situation unserer Tage sei pragmatisches Handeln „alternativlos“, sagt sie.

Erhard: Wer den Wettbewerb als Ordnungselement der Wirtschaft anerkennt, kann dieses Prinzip nicht da und dort aus Opportunismus und Zweckmäßigkeit willkürlich ablehnen, heute bejahen und morgen verwerfen und dabei noch stolz wähnen, dass solche Richtungslosigkeit Wirklichkeitsnähe verrate. Die Tatsache, dass die Menschen im Allgemeinen nicht reine Engel, aber auch nicht gerade reine Teufel sind, kann uns nicht dazu veranlassen, die Charakterlosigkeit zum moralischen Imperativ zu erheben.

Handelsblatt: Wenn Angela Merkel Sie jetzt hören könnte, würde sie vermutlich einwenden: Der Erhard hat es leicht gehabt, als er, aus einer Mangelwirtschaft kommend, mit einfachen ordnungspolitischen Handgriffen das deutsche Wirtschaftwunder initiierte.

Erhard: Sie wissen, dass ich diesen Begriff ablehne, weil sich in Deutschland kein Wunder ereignet hat.

Handelsblatt: Sondern?

Erhard: Eine auf freiheitlichen Prinzipien begründete Wirtschaftspolitik verhieß der menschlichen Arbeit wieder Wert und Sinn und hat so den Fleiß und die Hingabe eines Volkes wieder den Zwecken der menschlichen Wohlfahrt nutzbar gemacht.

Handelsblatt: Klingt schön, aber was genau empfehlen Sie Frau Merkel?

Erhard: Nicht die Zahl und die Größe von Schlagzeilen, die ein Politiker macht, sind Gradmesser für eine richtige Politik. Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehört vor allem der Mut zum Widerstand und auch zur Unpopularität.

Handelsblatt: Auch mit der trostlosen Perspektive, womöglich die eigene Abwahl zu riskieren?

Erhard: Resignation vermag das Schicksal nicht zu wenden; es gibt grundsätzlich keine wirtschaftliche Situation, aus der sich nicht mit Wille und Vernunft Auswege und Wege zu neuem Aufstieg finden lassen.

Handelsblatt: Aber was, wenn weder Vernunft noch Wille im heutigen Deutschland vorhanden sind?

Erhard: Selbst wenn wir wider alle Vernunft handeln und gegen alle Warnungszeichen blind und taub bleiben – die inneren Gesetze eines weltweiten freien Marktes werden uns zur Besinnung zwingen. Die Menschen haben es zwar zuwege gebracht, das Atom zu spalten, aber nimmermehr wird es ihnen gelingen, jenes eherne wirtschaftliche Gesetz aufzusprengen, das uns verbietet, mehr zu verbrauchen, als wir erzeugen.

Handelsblatt: Herr Professor Erhard, wir danken Ihnen für dieses Interview.

VITA

Der Mensch Der Ökonom und Soziologe war von 1949 bis 1963 Bundesminister für Wirtschaft. Nach dem Rücktritt Konrad Adenauers wurde Erhard am 16. Oktober 1963 zum Kanzler gewählt. Er regierte das Land bis zum Jahr 1966. Erhard war Mitbegründer des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft und gilt als Vertreter des Ordoliberalismus.

* **Die Quellen** Das Interview mit Ludwig Erhard ist fiktiv, aber alle Antworten beruhen auf Originalzitaten Erhards aus den Jahren 1950 bis 1970. Sie stammen aus seinen Regierungserklärungen und Parlamentsansprachen, Interviews sowie aus seinem Wirtschaftsbuch-Klassiker „Wohlstand für alle“ von 1957. Auch die Biografie von Volker Hentschel „Ludwig Erhard. Ein Politikerleben“ aus dem Jahr 1996 wurde als Quelle benutzt. Wir danken der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn für ihre Unterstützung. Dokumentation: Heike Nabert de Lobo und Dr. Jörg Lichter, Handelsblatt Research.

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.